

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

71 (25.3.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abgaben oder am Postkontor monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M.; durch die Post 1,34 M. bezug 4,02 M.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 1/2 8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Typsetzerei od. deren Raum 25 A. zugl. 20 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 Vorm., für größ. Aufträge nach. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Göt & Cie., Karlsruhe.

Weltbolschewismus.

Karlsruhe, 25. März.

Die Regierung des ungarischen Ministerpräsidenten Károlyi hat das Schicksal eines Landes der Räuberherrschaft überlassen. Den Charakter einer militärischen Verwaltung hat die Regierung durch den Beitritt der russischen Sowjets ein Bündnis zur Bekämpfung der Entente angetragen. Es ist ein Verbrechen in der Annahme, dieser Akt sei eine letzte Schmachnahme zur Erhaltung der ungarischen Nation. Den Charakter einer militärischen Verwaltung hat die Regierung durch den Beitritt der russischen Sowjets ein Bündnis zur Bekämpfung der Entente angetragen. Es ist ein Verbrechen in der Annahme, dieser Akt sei eine letzte Schmachnahme zur Erhaltung der ungarischen Nation.

Inzwischen beugt aber das Land, welches den Übergang zum Bolschewismus vornimmt, ohnehin schon einen Selbstmord. Die ungarische Regierung, welche jetzt ihre Funktionen an die Sowjets abgibt, weiß das. Sie verliert dieses Charakter als einen Akt der Verzweiflung. Der Verzweifelte will dabei die Auslöschung seiner Existenz nicht einem anderen überlassen und er will noch zuguterletzt die Genußnahme haben, den vernichtungswilligen Feind wenigstens mit ins Völkermassengrab zu reißen.

So steht jetzt die Rechnung mit Ungarn, falls die Entente das Projekt auf Verhinderung nicht noch eine Minute vor der Katastrophe lassen läßt. Freilich ist es traurig, ob Ungarn noch die Verbrüderung mit dem Bolschewismus, nein, die Unterwerfung unter die russischen Sowjets, rückgängig machen kann. Mehr als fraglich ist das, es ist kaum noch zu erwarten. Die ungarischen S. und B. Mite haben sich bereits auf ein ausgeprägtes Bolschewistenprogramm festgelegt. Sie verlangen die Volksozialisierung und deren Durchführung unter der Diktatur des proletarischen Machtworts, Sozialisierung der Großgrundbesitze, der Bergwerke, der Großbetriebe, der Banken und Verkehrsunternehmungen, man sieht, es geht aufs Ganze. Das Blau vom Himmel des bolschewistischen Paradieses soll auf einmal heruntergelassen werden. Das alles in Ungarn, dem Lande, das von allen europäischen Ländern wohl das ungeheimlichste für solche Experimente ist. Denn dieses Ungarn ist ein ausgeprägtes Agrarland, ein Charakteristikum der Großgrundbesitzer.

Wie soll denn da die Sozialisierung durchgeführt werden? Ungarn, welches ähnliche wirtschaftliche Verhältnisse aufweist, hat das freilich vorgebracht. Da waren zunächst die Großgrundbesitzer: Bodenbesitzer von einem Umfange, gegen welche die ungarische Agrarreform und die in Preußen, unterer Obe- und Mittelschicht in Schichten einfach Bauerngüter sind. Die Aufteilung dieser Landbesitztümer ist ein sehr altes, gleich nach der Aufhebung der Leibeigenschaft beschlossenes Programm. Als Kernstück des Agrarprogramms galt, die mit der Einführung des Agrarprogramms beauftragten an die planmäßige Durchführung dieses Projektes. Die Bolschewisten, welche den Kernstück stützten, sind keine Freunde von Methode und Rinnmäßigkeit.

Sie jagten die Großgrundbesitzer einfach zum Teufel und setzten eine Masse von Bauern auf deren Güter herauf. Je nach der Kopfzahl, in mathematisch gleichmäßiger Einteilung. Damit glaubten sie, sei's getan. Was geschah? Der eine Bauer hatte gutes Land bekommen, der konnte, falls die sonstigen Produktionsbedingungen vorhanden waren, auch gut wirtschaften. Ein zweiter hatte lumpiges Land, ein dritter bergiges, ein vierter waldiges zurecht erhalten, die konnten so gut wie nichts anfangen, ein fünfter wohnte in einer Entfernung von seinem Landgut wie etwa Karlsruhe von Rastatt. Das ging natürlich sehr vielen so und die konnten gar nichts anfangen. Nicht einmal verkaufen konnten sie dieses Gut, weil es ja staatliches Eigentum geworden war. Es kam also so weit, daß Ungarn, dieses gottgesegnete Exportland agrarischer Produkte, nicht einmal für sich selbst genug produzieren konnte. Als nun noch gar die Regierung Lenin und Trotzky dem Bauer Maximalpreise für seine Erzeugnisse auferlegte und die Herausgabe derselben mit schändlichen Maßnahmen zu erzwingen suchte, da wurde auch noch die Abschaffung des produzierten Quantums an die Verbraucher eingeschränkt. Der „Selbstverleerer“ kann dabei noch existieren, soweit er von den Eingriffen bolschewistischer Maßnahmen verschont bleibt, der andere muß Millionär oder ein außer Verwahrter des Selbstverleerers oder bolschewistischer Stegreifkrieger sein, sonst geht er zu Grunde. So wirkte die bolschewistische Agrarpolitik. Mit ihrer übrigen Wirtschaftspolitik erzielte Lenin und Madel ähnliche Erfolge. Sie brachten die Industrie, die Banken und die Verkehrsunternehmungen auf den Grund. Der Agrarapparat des Wirtschaftsbauapparates steht still. Man lebt im bolschewistischen Himmel. Es hungert, es frisst, es verrottet.

Das alles steht Ungarn mit der Unterwerfung unter den Bolschewismus so sicher bevor wie jeder gleichliegende Fall unter gleichen Verhältnissen dieselben Konsequenzen hat. Also gut, das Agrarland wird dort demnächst ebenfalls aufgeteilt. Wird dann noch einer von den jetzigen ungarischen

Guts magnaten auch nur an die Bestellung seiner Felder denken, wird er teureres Geld für Saat und Arbeit ausgeben? Er wird daselbe tun, womit unsere Junker denen nicht annähernd so Schlimmes bedroht, drohen: er wird streifen. Die reich an ihre Stelle gekehrten Bauern sollen die diesjährige Ernte besorgen? Lächerlich, es wird ganz einfach daselbe passieren, was in Rußland passiert ist. Hunger, Tod und Ruin wird die Zukunft Ungarns sein. Ein Akt der Selbstvernichtung, den höchstens die einrückende Entente verhindern kann.

Aber da steht sie vor dem dortigen Problem, ob sie selbst vor der bündischen Infektion ihrer Truppen mit dem Bolschewismus sicher ist. Es ist damit wohl folgendermaßen: Die Franzosen und Engländer werden sich nach den Segnungen der Habel und Trost nicht allzu stark reißen. Aber ihre Soldaten haben den „Schwindel“ genau so satt wie alle Soldaten den Militarismus überlat haben. Die so entstandene Empörung könnte am Ende doch in bolschewistische Bahnen einmünden und dann wäre der große Kladderadatsch doch unvermeidbar. Es ist sicher, daß dieses geschehen wird, wenn die Entente auch noch Deutschland mit einem Friedensdiktat zu einem Akt der Selbstwehr nötigt, der seine Selbstverhimmelung bedeutet. Einstweilen hat sie ihr vorläufiges Wort in dieser Angelegenheit gesprochen. Sie hat damit über unseren Militarismus das Todesurteil gefällt. Ueber ihren eigenen freilich auch. Deshalb werden wir uns noch nicht in den Bolschewismus stürzen. Aber wir werden es ja tun, wenn die weiteren Friedensbedingungen unseren wirtschaftlichen Lebensnerv zu durchschneiden suchen. Sollen wir zu Grunde gehen, dann lieber durch Selbstvernichtung als durch Gewalt von außen und dann der Gegner mit. Alles ist dann egal. Europa steht jetzt vor einer ähnlichen Aufgabe wie gegen Ende Juli 1914. Damals hieß es den Krieg loszulassen, heute heißt es, den Bolschewismus loszulassen. Das liegt wahrhaftig genau so wie damals weniger am Können als an dem guten Willen, die Maßnahmen zu treffen, die ein solches Unglück verhüten.

Weitere Meldungen aus Ungarn.

Berlin, 24. März. Die Umwandlung der kommunistischen Herrschaft spielte sich in Budapest nicht so ruhig ab, wie es zuerst berichtet wurde. Vom Freitag auf Samstag wurde, wie das „Welt Tagblatt“ meldet, geschossen, wobei es viele Tote und Verwundete gab. Die beiden Staatsbahnen wurden besetzt, Maschinen-gewehre und Kanonen aufgeschoben. Den Offizieren ist man ihre Auszeichnungen ab. Es kam auch zu größeren Plünderungen, wobei die Menge Lebensmittel- und Zwicklergeschäfte heimlichste.

Ein russischer Funkspruch.

Wien, 23. März. Der russische Minister des Auswärtigen, Tschickirin, richtete an den Vorkommisse für Auswärtiges in Budapest aus Moskau einen Funkspruch, in dem er ausdrücklich die gegenwärtige Lage der russischen Sowjetrepublik und ihrer Truppen sowie deren Erfolg namentlich im Süden und der Ukraine schildert. Das jetzige System der Entente, heißt es, besteht darin, nicht ihre eigenen Soldaten gegen uns zu schicken, sondern andere ins Feuer zu treiben. Deutschland, das sich ihrem Willen fügt, hat unter Hindenburg eine neue Armee als linker Flügel gegen uns gebildet. Gegen die kriegsführenden Deutschen und Polen werden neue Kräfte aufammengezogen. Das Erscheinen eines Verbändeten in Mitteleuropa ist sehr wertvoll.

Anmerkung des V. L. A.: Die hiesigen zuständigen Stellen bemerken dazu, daß es nicht deutsche, sondern Truppen der lettischen und litauischen Regierungen sind, vor denen die Bolschewisten zurückweichen.

In einem Leitartikel des „Vorwärts“ sagt Dr. Stämpfer zu der gegenwärtigen Lage u. a.: Drei Mächte treffen sich heute in der weiten Welt und ringen nach Ausföhnung: der kapitalistische Imperialismus, der nach Verhöhnung strebende deutsche Sozialismus und die bolschewistische Weltrevolution. Der deutsche Sozialismus ist in der Mitte eingeklemmt und doch kann nur er, wenn seine Verhöhnung auch draußen die Spitze erobert, die Welt vor der Katastrophe retten. Wenn die Völker des Westens nicht ihre Militärs und An-negationsdiplomaten zum Teufel jagen, so werden sie selbst an den Folgen fürchterlich leiden, wenn die Vernunft nicht fest, so wird der Wahnsinn von ganz Europa Besitz ergreifen. Wenn der gerechte Frieden nicht kommt, so wird der Bürgerkrieg in allen Hauptstädten der Welt seine Fäden entzünden. Das wollen wir jetzt sagen, immer wieder sagen, solange es noch Zeit ist.

Berlin, 24. März. Der „Corriere della Sera“ meldet: In Piume werden seit Mittwoch vergangener Woche 35 000 Mann Ententetruppen gelandet, die zur Befreiung Ungarns bestimmt sind.

Berlin, 24. März. Aus Wien wird gemeldet: Die Funkbrücke der ungarischen Sowjetregierung über die Vorgänge in Budapest sind größtenteils zerstört. In Budapest herrscht Panik. Von einem Besuchs des Landes zur Räterepublik ist vorläufig keine Rede. Die Nachricht von einer freiwilligen Übergabe der Waffen durch die angeblich bolschewistisch angelegten Soldaten ist falsch. Das Schicksal der Ententekommission in Budapest ist zurzeit nicht bekannt. Die Hauptstadt wird von der Regierung gegen das Ausland hermetisch abgeschlossen. In dieser Beziehung wird das Moskauer Muter vollommen nachgehakt. Alle aus dem Felde zurückgekehrten Krieger haben sich in einer großen Versammlung der Sowjetregierung zur Verfügung gestellt. Die bürgerlichen Parteien beschloßen, sich aufzulösen.

Die Ententelieferungen.

Berlin, 24. März. Der Vorsitzende der britischen Kommission in Spa teilte am 23. März in seiner Antwort mit, daß in Ausführung des Brüsseler Abkommens für rund 35 Millionen Dollar Nahrungsmittel aus amerikanischen Quellen und für rund 20 Millionen Dollar aus britischen Quellen zur sofortigen Lieferung bereit seien. Die deutsche Regierung wird um Mitteilung gebeten, wann die im Brüsseler Abkommen als Zahlung hierfür vorgesehenen 11 Millionen £ in Gold in Brüssel eintreffen würden. Da die Ueberführung des Geldes nach Brüssel, wie der Entente bereits mitgeteilt wurde, am Mittwoch, 26. März erfolgen wird, so dürfte mit dem Beginn der oben genannten Lebensmittel in kurzer Zeit zu rechnen sein.

Milderung der Blockade.

Berlin, 24. März. Nach einem Funkspruch der englischen Passenkontrollkommission wurde, wie die „Post“ meldet, die Blockade in der Nordsee dahin abgeändert, daß alle Einfuhrungen der Fischerei in der Nordsee zwischen 53 Grad 20 Min. und 56 Grad Nord 4 Grad 30 Min. nicht aufgehoben sind.

Die Maifeier.

Weimar, 24. März. Die Frage der Maifeier, die seit vielen Jahren innerhalb der sozialdemokratischen Partei Gegenstand der lebhaftesten Erörterungen war, wurde auf der gestrigen sozialdemokratischen Parteikonferenz zugunsten der Maifeier entschieden. Der Delegierte Hermann Müller brachte den Antrag ein, in diesem Jahre die Maifeier zu einer besonders großen Kundgebung auszugestalten. An und für sich seien ja die Ziele dieser demonstrativen Parteifeier, die Durchführung des Achtstundentages und die Ueberwindung des Militarismus, erreicht. In diesem Jahre müsse mit der Jahrfeier der internationalen Gewerkschaften mit aller Macht zum Ausdruck gebracht und damit eine Fernwirkung erzielt werden, die sicher lebhaftes Echo finden werde. Wenn die Mehrheitssozialisten, so betonte Müller, die Maifeier fallen ließen, würden sich Unabhängige und Spartaisten dieser Feier zu ihren Zwecken bemächtigen.

Nachdem verschiedene Redner sich gegen die Maifeier ausgesprochen hatten, für deren Abhaltung jede Berechtigung fehle, wurde gegen eine ziemlich starke Minderheit beschlossen, daß am 1. Mai Arbeitstruhe zu herrschen hat. Es ist dabei in diesem Jahre mit einer Maifeier zu rechnen, die einen außerordentlich großen Teil nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Angehörigen umfassen wird.

Die neue preussische Regierung.

Berlin, 24. März. Nach achtstägigen Verhandlungen zwischen den Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten in der preussischen Landesversammlung ist gestern die neue preussische Regierung von den drei genannten Parteien gebildet worden. Die Mitglieder des Zentrums, die in die Regierung eintreten, werden laut „Germania“, eine Erklärung abgeben, in welcher sie ihre grundsätzliche Stellungnahme zu allen kulturellen, insbesondere zu den Schulfragen, festlegen. Für die Sozialdemokratie behält sich die Ministerliste, wie der „Vorwärts“ schreibt, eine Reihe wichtiger Ministerien vor, insbesondere das Ministerpräsidentium, das Ministerium des Innern, der Finanzen und der Landwirtschaft. Im Kultusministerium werden die Demokraten und das Zentrum je einen Staatssekretär erhalten, sonst fallen an das Zentrum das Justizministerium und das neugebildete Wohlfahrtsministerium, an die Demokraten Handel und Eisenbahnen.

Kundgebung der akademischen Jugend.

Leipzig, 24. März. Eine eindrucksvolle Kundgebung für die Bildung eines Völkerbundes veranstaltete gestern Nachmittag die Leipziger akademische Jugend in der Wandelhalle. Nach begeisterten Ausführungen mehrerer Redner aller Richtungen fand sie ihren Abschluß in einem Aufruf an die Jugend aller Länder. In dieser Kundgebung wird gefordert, daß eine Neubildung der Völkergemeinschaft auf dem Boden des Rechtsgedankens erfolgen solle, vor allem wird ferner die gleichberechtigte Stellung aller Nationen, die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes und eine Mitwirkung bei der Bildung der gesetzgebenden Behörden des Völkerbundes verlangt.

Eine Erweiterung des Luftpostdienstes.

Berlin, 23. März. Der bisher auf den Strecken Berlin-Leipzig-Weimar und Berlin-Hamburg von der Deutschen Luftreederei betriebene regelmäßige Luftpostdienst soll, wie wir hören, noch im Laufe des April nach Hannover, Mecklenburg-Westfalen, Frankfurt a. M., Breslau und Warnemünde ausgedehnt werden. Die schnelle Verbindung mit Warnemünde wird namentlich für den Personen- und Postverkehr nach den skandinavischen Ländern von großer Bedeutung sein. Warnemünde soll auch den Ausgangspunkt für den Seeluftverkehr mit Wasserflugzeugen bilden.

Kleine Nachrichten.

Einberufung dreier weiterer Jahrgänge in Polen. Aus Posen wird gemeldet, daß eine Bekanntmachung des Kommissariats des obersten Volksrates erfolgte, daß die Jahrgänge 1895, 1896 und 1900 einberufen werden. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis 100 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit beidem bestraft.

Wien, 24. März. Der frühere Kaiser und Familie sind mit Sonderzug in die Schweiz abgereist.

Madrid, 24. März. Agence Dabas. Nachdem die Briefträger den Streik beschlossen hatten, entfernten sie die Briefkästen, eingeschriebene Briefe und Wertbriefe sowie anderes Material. Sie wurden durch eine Note aufgefordert, die entwendeten Gegenstände unverzüglich zurückzugeben. Ein heute erziehendes Dekret verfügt Maßnahmen für die Erhebung der streikenden Briefträger. Diejenigen Ausständigen, die nicht an die Arbeit zurückkehren, werden als entlassen betrachtet.

Baden.

Die Aenderung des badischen Verwaltungsgesetzes. Die Kommission für Justiz und Verwaltung nahm gestern den Regierungsentwurf betr. Aenderung des badischen Verwaltungsgesetzes an. Die von ihr vorgenommenen Aenderungen sind folgende: Die Zahl der Bezirksräte, die bisher 6-9 betrug, wird in Zukunft 6-15 betragen, und zwar wird das Ministerium ermächtigt, für die Wahl des Jahres 1919 ohne Vernehmung der Kreisversammlung die Zahl der Mitglieder des Bezirksrates zu bestimmen, die für jeden Bezirk mit Rücksicht auf seine Volkszahl zu wählen sind. In gleicher Weise erläßt die Zahl der Kreisabgeordneten eine Erhöhung dadurch, daß schon auf je 7000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt, statt 10000, wie vorgelesen, und die Mindestzahl für die Bezirke von 5 auf 7 erhöht wird. Für die Mitglieder des Kreisaußenstandes, die aus der Zahl der Kreisabgeordneten gewählt werden, treten Erbkämmerer in die Kreisversammlung ein; die Kreisversammlung besteht also aus den Abgeordneten und dem Kreisaußenstand. Entsprechend der Bestimmung bei der Revision der Gemeinde- und Städteordnung wird auch für die Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen das Ende der Amtsdauer auf November bis Dezember 1922 festgelegt. Da die Wahlen der Stadt- und Gemeindeverordneten sowie der Bezirksräte und Kreisabgeordneten gleichzeitig vorgenommen werden sollen, wurde bestimmt, daß diese auf einem Stimmzettel vorgenommen werden müssen.

Das Abfindungsgesetz. Der Verfassungsausschuß befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung nochmals mit dem Gesetzentwurf betr. die Auseinandersetzung mit dem großen Hause. Es wurde mitgeteilt, daß sich Prinz Max mit der Herabsetzung der für ihn bestimmten Entschädigungssumme von drei Millionen Mark auf zwei Millionen Mark einverstanden erklärt habe. Der Verfassungsausschuß änderte den Gesetzentwurf dahin ab, daß der Großherzog statt sechs Millionen Mark acht Millionen Mark Kapital erhält und sich Prinz Max über die ihm zufallende Abfindungssumme mit dem Chef des Hausvermögens auseinandersetzen soll.

Der neue Direktor der Zoll- und Steuerdirektion. Zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Zoll- und Steuerdirektors W. G. H. v. S. ist Herr Emil Seubert, bisher als Staatsanwalt in Karlsruhe, zum Nachfolger ernannt worden.

Die Sonntagsruhe. Im neuesten Staatsanzeiger veröffentlicht das Ministerium für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen eine Verordnung, durch welche die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe grundsätzlich eingeführt wird. Nach der neuen Verordnung sind die Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auch auf Geschäftsbetriebe der Versicherungsunternehmen, einschließl. der Vereine zur Versicherung auf Gemeinschaft, der Versicherungsagenten und der Sparkassen ausgedehnt. Alle künftigen Bestimmungen von Gemeinden oder kommunalen Verbänden über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sind aufgehoben. Die neue Verordnung tritt am 1. April d. J. in Kraft. Für die in sehr beschränktem Umfang zugelassenen Ausnahmefälle sind die Bezirksämter zuständig.

24. März. Die Landespolizeibehörde beschlagnahmte auf dem hiesigen Bahnhof neun Schinken und 27 Kilo Fett, die auf dem Schleichwege nach Karlsruhe gehen sollten. Ferner wurde ein junger Mann verhaftet, der bei den Urteilen in Mannheim aus dem dortigen Gefängnis entwichen war. In Reichenbach ist das Anwesen des Landwirts Fr. Schrempf niedergebrannt.

21. März. In die alte evangelische Kirche wurde in einer der letzten Nächte ein Einbruch verübt und dabei Wirtsgut, hauptsächlich Leberzeug, im Werte von 1200 Mk. entwendet. Das Lager wurde zwar bewacht, aber der Diebstahl durch die Täter wurde verhindert.

Mannheim, 24. März. In der Nacht vom 21. März wurde hier eingebrochen und dabei entwendet: 8000 Zigaretten und 10000 Zigaretten. Gesamtwert von 4000 Mark. Um Fahndung ersucht die Kriminalpolizei.

Konstanz, 24. März. Wie sich jetzt herausstellt, ist in dem bei seiner Verhaftung erschossenen Einbrecher Viganowski, ein ganz gefährlicher Raubmörder unschuldig gemacht worden. Viganowski hat nämlich die Raubverbände geführt, welche auf dem Hofe Rimbach in der Nähe von Weingarten den dortigen Besitzer überfallen, geschleht und beraubt sowie Lebensmittel geraubt hatte. Die Mitglieder dieser Raubverbände sind bekanntlich schon in den letzten Tagen verhaftet worden. Viganowski wurde wegen Diebstahls, Einbruchdiebstahls, Raubs und Raubmordversuchs verurteilt.

Konstanz, 24. März. In den nächsten 14 Tagen werden hier etwa 2000 schwerverwundete deutsche Soldaten aus Frankreich erwartet. Der erste Transport mit 300 Mann trifft voraussichtlich am Dienstag ein.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieme. (Nachdruck verboten.)

Er schaute sie bittend an, sie nickte ihm nur mit trübem Miene zu. Finsternen Gesichtes verlor er sich auf einem Seitenpfade. Margarete schritt schwermütig zwischen den sie eskortierenden Soldaten hin und schaute nur manchmal verlost zu ihrem Gatten auf, der einige Schritte vor ihr her ging. Er trug sein Haupt stolz erhoben und schaute verächtlich auf die ihn begleitenden Kriegsknechte. Als der kleine Zug in die Nähe des Quartiers des Rittmeisters anlangte, übergeben ihm die Soldaten einigen Kameraden mit dem Auftrag, ihn dem Rittmeister vorzuführen. Margarete stieß sie weiter. Aber zornig herrschte der Hauptmann sie an, "Laßt mich wenigstens von meiner Frau Abschied nehmen, Ihr Burjchen."

Sie blickten einander fragend an, aber keine herrliche Sprache imponierte ihnen. "So tut es," jagte der eine. "Ihr dürft sie ohnehin schwerlich wieder zu sehen kriegen."

Man gab dem Hauptmann die Hände frei, da jetzt, inmitten des ganzen Soldatenhaufens, eine Klucht nicht mehr möglich war. Hiererichthitter schlang er die Arme um sein junges Weib und eine Träne blühte in seinen Augen.

"Mein Lieb, mein Schatz, mein Gretchen! Verzage nicht, ich verlasse dich nicht! Noch hoffe ich, daß alles auf werden soll."

"Ich tat es für dich, Liebster — das ist mein Trost bei allem, was kommt. Ich will lieber so ihre Gefasene sein, als wie ich's im März war. Besser ihrem Strafgericht, als ihrer Willkür überantwortet."

"Soweit sind wir noch nicht. Vertraue mir, Gretchen." Wifferte er ihr zu. "Was ich bei mir trage, haben sie mir abgenommen, aber ich verfüge über noch andere Mittel. Wackung ist alles bei den Burjchen. Ich hoffe, dich zu retten!" Sie lächelte sieb und erwiderte schamhaft seinen Kuß. Dann folgte sie gesenkten Hauptes ihren Wächtern zum Profos.

Von der schweizerischen Grenze. Im kleinen Grenzverkehr dürfen auf den Lebensmittelgrenzschleusen 5 bis 10 Kilogramm Orangen oder Zitronen und 3 bis 5 Flaschen Wein aus der Schweiz ausgeführt werden. Jetzt ist auch die Ausfuhr von 30 Gramm Rauchwaren wieder erlaubt.

Die Entlassung des Jahrgangs 1899. Im Verlaufe des 14. A. A. werden die Angehörigen des Jahrgangs 99 entlassen, soweit sie nicht in mobilen Formationen für den Osten angehören. Mit Bezug hierauf hat das Generalkommando, für die nicht in der neutralen Zone befindlichen Truppenteile, folgendes angeordnet: Die Entlassung erfolgt in 3 Katen, 1. Kate (Landwirte und Mannschaften mit Arbeitsnachweis) bis 1. 4. 2. Kate (Meist der 1. Kate und sonstige Mannschaften) bis 5. 4. 3. Kate (alle übrigen Leute) bis 10. 4. Mannschaften, die besonderer Verhältnisse wegen beurlaubt sind (Landwirtschaft, Studien usw.) brauchen nicht zum Truppenteil zurückzukehren. Ihre Entlassung wird schriftlich geneigt. Solche Leute, die gerne freiwillig bei den Fahnen verbleiben möchten und nach dem Urteil ihrer Führer durchaus zuverlässig, dienstwillig und tüchtig sind, können als Freiwillige zunächst bei alten Formationen zurückgehalten werden. Sie können voranschicklich später in die Reichswehr übernommen werden. Bei den Truppenteilen in der neutralen Zone verfährt alle Einzelheiten über Entlassung der Abshittelskommandeure V.

Die Beschäftigung von Eisab-Rohrleitern. Ein halbamtlicher Artikel der "Karlsruher Zeitung" wendet sich dagegen, daß den Eisab-Rohrleitern da und dort jede Erlangung einer Beschäftigung unmöglich gemacht wird durch die Begründung, sie seien Ausländer und Ausländer sollten den deutschen Arbeitern nicht das Brot wegnehmen. Das amtliche Organ schreibt dazu, durch eine solche Behandlungsweise gingen nicht nur unserer Volkswirtschaft wertvolle Kräfte verloren, sondern auch vom politischen Standpunkt sei eine derartige Behandlung der Eisab-Rohrleiter auf das schärfste zu mißbilligen.

Einseitiges Treiben. Aus Guggenau wird uns berichtet: Vor einigen Tagen beranzschickten die Offiziere des Regiments 40 in Gernsbach eine kleine Musikgesellschaft, zu der auch eine Anzahl Unteroffiziere und bessere Herrschaften eingeladen waren. Musikvortrage und Couplets wechselten in dunter Reihenfolge miteinander ab. Wir überlassen es diesen Herrschaften gerne, sich nach ihrer Art zu amüsieren und hätten auch hieron keine Notiz genommen, wenn man nicht dazu übergegangen wäre, die beiden Freiheitstänzer Mosa Luxemburg und Liebkecht in abgezeichnet, ja niederrächtiger Weise zu verspotten. Der von den beiden verlesenen Militärpersonen aufgeführte Scherzerganz zeigte ja schon recht deutlich, welche Geistes sind diese beiden Herren sind. Wir hätten erwartet, daß diese Kreise, die sich doch bisher immer als die Erzieher des Volkes aufstellten, etwas mehr Anstand und Tadelgefühl besitzen würden; ihr Benehmen hat uns aber gezeigt, daß wir uns irren. Der große Wiederholte Beifall, der diesen beiden Dilettanten zuteil wurde, ließ so recht erkennen, welcher Geist in den Köpfen dieser sogenannten besseren Gesellschaft spukt. Welch ein Fetergeschrei würde aber diese Gesellschaft erheben, wenn sich Wehrdienstsozialisten den Spaß erlauben würden, die Entlassung der ehemals 23 getriebenen Haupter in solch einseitiger Stumpfsinnigkeit zu verpöbeln.

Der alte Hops. 17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

17. März. Man hätte meinen können, daß durch die Revolution auch der früher am meisten geschätzte Stand, nämlich der der aktiven Unteroffiziere, seine Freiheit bekommen hätte. Leider ist dem nicht so; der Bürokratismus blüht noch und arbeitet auch heute noch nach denselben Vorschriften, wie vor dem 9. November. Wenn der Staat früher seinen aktiven Unteroffizieren allerlei Hindernisse beim Heiraten in den Weg gelegt hatte, so hunderterten sich darüber wohl die wenigsten, denn man war es schon gewohnt, daß eine untere Militärperson nichts ohne die Genehmigung jämlicher Vorgesetzten unternehmen durfte. Doch aber heute noch die alten Papirvorschriften bei Verheirathungen von Militärpersonen angewandt werden, dürfte wohl nicht allgemein bekannt sein. Und doch ist es so! Beweis: 3 Fälle beim Artillerie-Depot Nafstatt. Der frühere Vorstand vom Artillerie-Depot war der Meinung gewesen, daß die Revolution mit der alten Hofwirtschaft einseitig ausgeräumt hätte und hatte 3 Heugelbweiben und Feuerwerkern aus eigener Ermächtigung die Erlaubnis zum Heiraten erteilt. Nun verlangt die Heugelweiberei in Berlin tatsächlich eine nachträgliche Bewilligung der früher notwendig gewesenem Papiere, als da sind: eine Heiratsverabreichung des Vaters, eine Erklärung des Schwiegervaters, daß er seiner Braut eine standesgemäße Ausstattung mitgibt und sich verpflichtet, seinen Schwiegerohn in Notfällen beizuhelfen zu unterstützen, eine Erklärung des Ortsparators (!), daß die Braut sittenrein ist, und wenn der Betroffene später einmal Offizier werden will, auch einen Einkommensnachweis. Vor der Revolution haben sich die Unteroffiziere eine derartige Bevormundung ja gefallen lassen müssen; wollen wir hoffen, daß sie energisch genug sind, nun endlich einmal freie Bürger im freien Staat zu werden und sich gegen derartige Bevormundung zur Wehr setzen. Der Unterstützung der Arbeiterkassen können sie auf alle Fälle sicher sein.

Kommunalpolitik.

6. Breiten, 22. März. Aus der Gemeinderatsitzung vom 18. März. Die Tagesordnung war wieder sehr reichhaltig, jedoch meist untergeordneter Natur. Hervorzuheben ist, daß der Geländeaufkauf bezw. Umbau des Hofwiesweges bis auf zwei Eigentümer geregelt ist, die Ausnahmepreise verlangen. Während die übrigen Beteiligten den Quadratmeter für 5 und 8 M abgeben, verlangen diese 12 M pro Quadratmeter; es geht dies Verhalten nicht von viel Gemeininteresse, denn gerade das Grundstück des einen Eigentümers gewinnt durch den Ausbau des Hofwiesweges ganz bedeutend an Wert. Während dessen Grundstück jetzt als Garten und Grastück Verwendung findet, kann es nachher nur als Bauplatz in Betracht kommen. Das beste Mittel, um auch mit diesen Herrschaften zu einer Einigung zu kommen, wäre wohl das, die ganze Grundstücksfläche zu dem geordneten Preis in die Steuer zu nehmen. Der Ausbau des Hofwiesweges erschließt ein größeres Baugelände und schafft Verhältnisse für die noch in großer Zahl vorhandenen Arbeitslosen. Auch beabsichtigt die Stadtgemeinde, daselbst mehrere Wohnhäuser zu errichten, welche bis zum Herbst beziehbar sein sollen, um dem derzeitigen bestehenden Wohnungsmanoe abzuwehren.

Ein weiterer in die Gemeindefasse tief eingreifender Punkt ist die Erstellung einer Alaralage; auch hierzu sind die Vorarbeiten soweit gediehen, daß mit dem Bau derselben bald begonnen werden kann. Eine lebhafteste Debatte löste die Verteilung von 5200 Liter Wein aus, man einigte sich dahin, unter Ausdehnung der Kinder bis zu einem Alter von 6 oder 7 Jahren auf den Kopf der Einwohner eine Maß abzugeben. Die Frage soll auf Grund der Kundentellen durch die Lebensmittelbehörde erfolgen; über die Abgabe von circa 150 fl. Spirituosen soll in einer nächsten Sitzung Bescheid gefaßt werden. Weil sich die Frau Finanzsekretärin Soudo bei der städtischen Milkabgabe nichts von ihrem Quantum abziehen lassen wollte, kam es zwischen ihrer Gnaden und dem städt. Milkabkontrollleur zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf sich die Madame beleidigt fühlte. Resultat: Milkabkontrollleur: Verweis, Finanzsekretärin: soll ihre Milk beim Landwirt! Die Angefallenen der städtischen Milkabgabe sollen froh sein, daß nicht alles Getreidefrauen sind, die ihre Milk dort empfangen.

Wenn man den Kopf zum Wetter hat. Aus Rühl wird uns geschrieben: In der am 14. d. M. stattfindenden Bezirksratsitzung wurde über das Wirtschaftsgesetz des Herrn Otto Eisele entschieden. Obwohl der Gemeinderat einstimmig die Bedürfnisfrage be er eint hatte und die Bitte Eintracht gegen die Konzeption erhoben hatten, weil an diesem Tage zu viel Wirtschaften seien, so daß sogar einige darunter auch die "Eintracht", lange geschlossen waren und Herr Eisele den Kopf der "Eintracht" von der Konzeption abhängig machte, hat der Bezirksrat doch die Genehmigung erteilt. Der Herr Bürgermeister, der zugleich Bezirksratsmitglied ist, betonte in der Sitzung, daß hier Mangel an Wohnungen sei — es fehlten 40 Wohnungen —, dagegen hätten wir mehr wie genug Wirtschaften; 40 Familien seien bis 1. April ohne Wohnung. Wenn dem Geschäft Ratgegeben würde, müße er sich an das Ministerium wenden. Nicht nur die Werte, sondern auch die Bevölkerung würden an diesem Orte ein Bedürfnis für eine Wirtschaft als nicht bestehend vorhanden. Es ist daher kein Wunder, daß man davon munkelt, nachdem nun die Konzeption erteilt worden ist, daß ein gewisser Herr für die Konzeption eingetreten hat, der gerne und oft sehr lange dort verkehrt. So soll kürzlich dort ein "Sparbüchlein" zum Kauf gefunden haben, wobei auch dieser Herr nach 12 Uhr nichts mehr in dem Lokal newelt hat, obwohl doch auch für hier um 10 Uhr Feierabend ist. "So, soll" jagte eine fiktionsmeister dierhalb von hier verkehrt worden sein. Auf die Entscheidung des Verwaltungshofes ist man sehr gespannt.

8. Mannheim, 24. März. Der Stadtrat hat beim Bürgerausschuß den Antrag gestellt, als Teil des neuen Krankenhausbaus eine Abteilung für kranke Schlinglinge mit einem Aufwand von 1210000 Mark zu erbauen. — Bürgermeister von Hollander hat im Hinblick darauf, daß er in das 68. Lebensjahr eingetreten ist, um keine Verletzung in den Ruhestand zu geben. Seit mehr als 20 Jahren verleiht er seinen Vollen. — Aus Heeresbeständen erhielt der Stummalverband für 800000 M Zigaretten, Zigaretten und Rauchtobak. Statt diese Waren nun direkt an die Konsumenten zu bringen, werden sie erst durch Großhändler an die Detaillisten weitergegeben und dadurch unnötig verteuert.

Straßenbahntarifserhöhung in Mannheim. Der Stadtrat hat die Tarife für die städt. Straßenbahn erhöht und wird vom 1. Mai ab die 20 Pfg. Fahrkarte als Mindestfahrgebühr einführen. Ferner hat der Stadtrat mit den städt. Ausschüssen einen Tarif abgeschlossen. Eine Eingabe um Wiedereinführung der ungeteilten Arbeitszeit wurde vom Stadtrat abgelehnt.

Aus dem Berliner Gemeindepalament. Die Stadtverordnetenversammlung wählte den unabhängigen

Die Anschaffung von Feuerlöschgeräten. Nachdem während der Kriegsjahre nur von ganz wenigen Gemeinden Mittel zur Anschaffung von Feuerlöschgeräten aufgebracht worden waren, hatte man erwartet, daß nach Kriegsende die aufgeschobenen Anschaffungen alsbald nachgeholt würden. Das ist aber vielfach nicht geschehen. Die Regierung hat aus diesem Grunde die Gemeinden darauf hingewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Feuerlöschgeräten wieder vollständig instand gesetzt werden.

Aus der Partei.

Niederrhein, 25. März. Am Mittwoch, 26. März, abends halb 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Hirsch“ Parteiversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen dringend nötig.

Ostfriesland, 24. März. Sozialdem. Verein. Samstag, 23. März, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Bräuerei Runderberg unsere allmonatliche Mitgliederversammlung statt. Ein Mitglied der Nationalversammlung wird sprechen über: „Die politische Lage und die bevorstehenden Gemeinderatswahlen“. Wir bitten unsere Mitglieder und Freunde dringend, vollständig zu erscheinen und die Frauen mit zu bringen. Unsere Gänger sind bereits in eine rege Agitation eingetreten und versuchen alles, um unsere Partei zu stärken. Deshalb ist Aufklärung dringend notwendig. Einem längererleitenden Wunsch, unserer Literatur mehr Eingang zu verschaffen, ist insofern Rechnung getragen, daß nunmehr in allen Vereinen, und öffentlichen Versammlungen eine Auslage in allen zeitgemäßen Schriften stattfindet. Genossen und Genossinnen, helft mit, unserer Sache weitere Erfolge zu sichern.

Soziale Rundschau.

1. Gagsfeld, 20. März. Letzten Samstag fand hier unter dem Vorsitz von Bürgermeister Weber die Gründungsversammlung der gemeinnützigen Baugenossenschaft statt. Nach Durchsicht der Statuten, die Bürgermeister Weber erläuterte, meldeten sich sofort 75 Personen als Mitglieder an, welche Zahl sich bis heute auf 130 erhöht hat. Hierfür wurde zur Wahl des Aufsichtsrats und Vorstandes geschritten. In den Aufsichtsrat wurden folgende Herren gewählt: Gustav Erb, Vorsitzender; Wils. Grog, Wils. Rath, Hauptlehrer Kerle, Orl und Jul. Weidert; als Vorstand die Herren Jul. Gerlach, Wils. Stoll und E. Binder. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. In der Genossenschaft liegt es nun, das neue soziale Werk tatkräftig zu unterstützen, damit auch den Winterbetroffenen bald ein glückliches, gesundes Heim beschaffen werden kann.

Welschniebur, 24. März. Am der hiesigen Wohnungsnot entgegenzutreten, fand am Sonntag, 20. d. M., im Gasthaus zum „Feldschloßchen“ unter Leitung des Reichstages K. M. G. aus Karlsruhe eine Versammlung statt, in der die Gründung und der Beitritt zur Gemeinnützigen Baugenossenschaft G. m. b. H. beschlossen wurde. Es traten der Genossenschaft 40 Genossen bei. Es wurde von Seiten der Genossenschaft für 40 Genossen ein Paktar, der dem Aufsichtsrat angebotenen, städtischen Unterstützung zugesagt. Dem Vorstande gehören noch an: Heinrich Gros, Walter; Gustav Kilius, Gerichtsschreiber; Gottlieb Schneider, Gärtnermeister.

Bruchsal, 21. März. Ein reges Leben entwickelt sich bereits im Baugelbiet der Siedlungsgesellschaft Rührige Hände sind bei der Arbeit, um Kulturstätten zu errichten und bei einzelnen Bauten ragen die Gemäuer schon ziemlich über den Boden. Hoffentlich gelingt es, bis zum 1. Oktober das vorbestimmte Ziel zu erreichen und 60 Wohnhäuser zu erstellen. Dadurch würde dem Wohnungselend einigermaßen ein vorläufiges Ende geboten. — Schlimmer noch dürften sich die Verhältnisse für den 1. April für Wohnungsuchende gestalten. Soweit wir jedoch orientiert sind, dürfte auch diese Angelegenheit ihre betrieblige Lösung finden. Allerdings dürfen sich die Wohnungsuchenden keinen allzu großen Hoffnungen hingeben, es sind ja nur Vorwahnungen, die zur Verfügung stehen. Immerhin wird mancher Verwehler auch noch in den Besitz eines Gartens gelangen, wenn er sich mit dem Angebotenen abfindet.

Kommunverein und freier Handel.

1. Durlach, 21. März. Eine öffentliche Versammlung, einberufen vom Kommunverein Durlach, fand am 20. März abends in der „Festhalle“ statt. Die Versammlung, die in der Hauptsache der Propaganda für den Genossenschaftsgedanken dienen sollte, hatte einen außerordentlich kurzen Verlauf. Der Referent, Geschäftsführer Ziegler des hiesigen Kommunvereins, schilderte eingangs das Geschehen des freien Handels in den Anfangsmonaten des Kriegs, wie er trotz aller schönen Reden und Zeitungsaufstellungen für den Verbraucher schmerzlos noch dem Grunde lag, daß Angebot und Nachfrage den Preis regie, die Preise der noch meist zu Friedenspreisen angekauften Waren, meist wichtige Lebensmittel binnen wenigen Monaten zu unheimlichen Preisen stiegen. Steigerungen von 100, 150, 200 und 300 Prozent seien gar nicht selten gewesen. Selbstlos unter patriotischen Vorzeichen sei das deutsche Volk bis aufs Hemd von diesen Herrschaften ausgeplündert worden unter dem einzigen Gesichtspunkt: Profit. Und als infolge dieser Verhältnisse ein Produkt um das andere in öffentliche Bewirtschaftung übergeführt werden mußte, da verstanden die Waren vom Markt, Schleichhandel und Schiebergeschäfte blühten. Ganz anders dagegen bei den Kommunvereinen und Genossenschaften, deren Prinzip einzig das Interesse ihrer Mitglieder, der Konsumenten sei. Heute freize die freie Handlung recht laut nach Ablauf der Zwangsverwaltung, nach Beilegung der Kommunalverbände. Dagegen wenden sich die Genossenschaften und Kommunvereine entschieden und übereinstimmend mit verschiedenen großen Verbraucherorganisationen, obgleich auch sie verschiedenes an den Kommunalverbänden auszuweisen hätten, die es vielfach an dem nötigen Entgegenkommen und verständnisvoller Herangehung der Kommunvereine zur Versorgung der Konsumenten fehlen lassen, auch heute noch trotz der Richtlinien, die die jetzige Reichsregierung vor kurzem aufgestellt habe und die den Genossenschaften die tüchtigsten Angriffe des freien

Handels eingetragen hätten. Auch an dem Kommunalverband Durlach-Stadt müsse Kritik geübt werden, wozu Redner einzelne Beispiele anführte. Der Kommunverein Durlach umfasse heute bereits den vierten Teil der Durlacher Einwohnerschaft und sei somit ein wichtiger Faktor in der Warenverteilung der Stadt geworden, er müsse seitens des Kommunalverbandes auch eine dementsprechenden Bewertung erwarten. — Redner bewies an einzelnen Zahlen die Fortschritte des Kommunvereins im laufenden Geschäftsjahr und schloß mit einer kräftigen Aufforderung zum Beitritt. Diskussion wurde nicht gewünscht.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 25. März. Eine erfolgreiche Lohnbewegung in den Warenhäusern.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Karlsruhe, hat mit den Firmen Geschwister Knopf, Hermann Schmöller und Hermann Lisch im Auftrag der Angehörten Verhandlungen herbeigeführt zum Zweck einer den bestehenden Lohnverhältnissen entsprechenden Gehaltsaufbesserung. Die vorgenannten Firmen erklärten sich bereit, in gemeinschaftlichen Sitzungen die Verhandlungen anzunehmen, da sie den Zentralverband der Handlungsgehilfen als diejenige Organisation anerkannten, in der weitaus die meisten ihrer Angestellten organisiert seien. In 6 Verhandlungen, sowie 2 Betriebsversammlungen wurden folgende Vereinbarungen erzielt und angenommen:

Im Engros-Geschäft der Firma Geschw. Knopf werden die Mindestgehälter auf 200 M. heraufgesetzt. Alle Angestellte mit bisherigen monatlichen Entlohnungen von 200—250 M. erhöhen diese Gehälter um monatlich 60 M., solche mit bisher 251—300 M. erhöhen die Gehälter um monatlich 50 M., und solche über bisher 300 M. erhalten ebenfalls ab 1. März eine Gehaltsaufbesserung von 40 M. monatlich. Außerdem werden den verheirateten Angestellten von der Firma freiwillige Beihilfen zugunsten gewährt. Für das Verkaufspersonal der Firmen Lisch, Knopf und Schmöller wurden, je nach den bisherigen monatlichen Bezügen Gehaltsaufbesserungen von 40, 35 und 30 M. monatlich erreicht. Insgesamt bedeuten diese Erhöhungen für die in Frage kommenden Firmen eine jährliche Mehrausgabe von rund 300 000 M.

Diese Forderungen konnten nur durchgesetzt werden, weil sich die Angestellten geschlossen hinter den Zentralverband der Handlungsgehilfen gestellt haben, und damit anerkannten, daß nur dieser Verband, der auf freigelegter Basis aufgebaut, in der Lage ist, die Forderungen der Angestellten auch mit der nötigen Energie zu vertreten, da notwendigermaßen die freigelegten Arbeiter geschlossen hinter diesen Verband stehen werden. Hoffentlich erkennen nunmehr auch die kaufm. Angestellten endlich klar ihre Lage und schließen sich angeschlossen der Organisation, die als einzige Kampforaganisation in Frage kommt; das ist der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.

Der Verein Karlsruher Presse veranstaltete gestern abend zu Ehren seiner aus dem Felde heimgekehrten und aus dem Geeresdienst entlassenen Mitglieder eine Bekehrungsfeier, zu welcher auch Ministerpräsident Geiß, der Minister des Innern Dr. Haas, der Oberbürgermeister, zahlreiche Regierungsbeamte, Angehörige der Künstler u. a. erschienen waren. Der 1. Vorsitzende Chefredakteur Albert Herzog fand in seiner Begrüßungsansprache besonders warme Worte für die heimgekehrten Berufskollegen. Dann sprach der Minister des Innern Dr. Haas über die Aufgaben der Presse in der heutigen Zeit. Für die Begrüßung dankte er sehr feigen und schönen Worten Karl Zoso, der als Hauptmann im Felde gefanden war. Künstlerische Vorträge von Mitgliedern des Landestheaters gaben dem Abend noch eine besondere Anziehungskraft.

An die Unterfasser! Die Unterfasser werden erlucht, bis spätestens Sonntag, den 31. März, mit dem Hauptfasserer Dr. M. H. Klein, Werberplatz 31, abrednen zu wollen, da die Jahresabrechnung so frühzeitig wie möglich erledigt werden muß.

Aus dem Freireigewerbe. Heute, Dienstag, findet im „Goldenen Adler“ eine Beprechung der hiesigen Zwangs-Zwangung mit der Vorstandschaft des Verbandes statt. Es soll darin eine Einigung über die Forderungen des Verbandes stattfinden. Zur Verhandlung wird lediglich die Vorstandschaft erscheinen.

Fliegergeschädigte. Man schreibt uns: Da die langsame Erledigung der Entschädigungsansprüche in den Kreisen der Betroffenen Beunruhigung hervorgerufen hat, so sei darauf hingewiesen, daß die dazu nötigen Vorarbeiten noch nicht ganz fertiggestellt sind. Die Sache wird auch in den nächsten Tagen in der hies. Nationalversammlung zur Sprache kommen. Weiter die Erledigung der Angelegenheit wird in einer demnächst stattfindenden zweiten öffentlichen Versammlung gesprochen werden.

Der Verband der deutschen Versicherungsbeamten (Deutscher Karlsruher) hält heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, eine große Versammlung im Saal 8 (Drempel) ab. Referent ist Herr Verbandsvorsitzender Dr. Polbrecht. (Siehe Anzeige.)

Nationale Frauenbewegung. Man schreibt uns: Am Donnerstag, den 27. März, nachmittags 1 Uhr, veranstaltet der Nationale Frauendienst gemeinsam mit dem Badischen Rednerinnenverein einen Vortragsnachmittag, an dem Frau Dr. Altmann-Gottschewer über die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde sprechen wird.

Müppurr. Der sozialdem. Verein veranstaltete am 22. März im „Hotel“ eine Märzfeier, die sehr gut besucht war. Der Vortrag eines hiesigen Prologs leitete die Feier ein. Die mit hübschem Wessal ausgenommene inhaltreiche Rede des Gen. Dr. Diez war umrahmt von prächtigen Freiheitsliedern des Arbeitergesangsvereins Müppurr mit seiner ausgezeichneten Sängerschaft. Der vorgelesene Solist hat leider wegen Erkrankung in letzter Minute abgelaßt. Die Veranstaltung hinterließ bei den zahlreichen Besuchern den allerbesten Eindruck, der sich hoffentlich darin auswirken wird, daß die Partei neue Mitglieder und der „Vollstrecker“ neue Leser in Müppurr gewinnt.

Ein 100er-Abend fand am Sonntag im großen Saale der Festhalle statt. Chemalige Angehörige des früheren Leibgrenadier-Regiments, des Hejerte- und Landwehr-Regiments 109 und des Landsturm-Bataillons Karlsruhe trafen sich zu einem gemächlichen Beisammeln, um alte Erinnerungen auszuatmen. Den unterhaltenden Teil bestritt die Kapelle des ehem. Leibgrenadier-Regiments unter Herrn Vernehaagens Leitung. Von den verschiedenen Ansprachen, die gehalten wurden, waren besonders jene von Herrn Staatsanwalt Suenzger und von Herrn Minister des Innern Dr. Haas bemerkenswert. Herr Suenzger forderte die Kameraden auf, sich entschließen hinter die vorläufige Volkregierung zu stellen, er feierte die nun dem Volke gegebene Verfassung, die zu schützen gegen Eingriffe von rechts wie von links Pflicht und Aufgabe aller Männer sei. Herr Dr. Haas forderte die Anwesenden

den auf, sich nochmals der Regierung einige Monate zur Verfügung zu stellen, um das Land vor den drohenden Gefahren der Anarchie zu schützen. Beide Redner fanden lebhaftige Zustimmung.

Aus dem Karlsruher Fuhr- und Expeditions-Gewerbe.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband als Interessenvertretung der Arbeiter hat sich am 11. Dezember an den Verein der Expediteure und Fuhrunternehmer gewandt, um eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Mit dem Hinweis auf die „gegenwärtigen Zeiten“ wurde damals der Abschluß eines Tarif-Vertrages abgelehnt. Einzelne Arbeitgeber haben aber doch auf Trängen der Organisation und Arbeiter eine Lohnerhöhung einzuwirken lassen, welche allerdings nicht als genügend bezeichnet werden konnte. — erdessen haben sich nun die Fuhrleute, Bodenarbeiter usw. geschlossen organisiert und in einer Versammlung am 9. März erneut zu der Frage Stellung genommen. Beschlossen wurde, den Arbeitgebern einen Tarif-Entwurf zu übergeben, welcher von einer Kommission ausgearbeitet war. Am 23. März haben nun die Arbeitgeber zur Antwort gegeben, daß der Verein einen Tarifvertrag einstimmig ablehnt. Die Verschlechterung der einzelnen Betriebe ließe eine Vertragsbindung nicht zu, ganz besonders in der jetzigen Zeit. Die einzelnen Unternehmer seien jedoch bereit, im Einvernehmen mit ihren Arbeitern die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so zu regeln, wie es sich mit ihren Betrieben vereinbaren läßt.

Die dieses „Einvernehmen“ auszuweisen wird, davon hier ein Beispiel: Der größte Betrieb am Platze, die Firma G. v. Stefelin hat folgende Arbeitsordnung erlassen: „Das Arbeitsverhältnis kann nur auf Wochenabschluss mit sieben-tägiger Frist gekündigt werden. Die Arbeitszeit der Fuhrleute dauert von morgens 6 bis abends 6 Uhr, die der übrigen Leute von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr, unterbrochen durch je eine halbstündige Frühstückspause und Besperpause und durch eine anderthalbstündige Mittagspause.“

Der Tagelohn beträgt für ständige Möbelpader 10,— M. Zweispänner 9,50 M. Einspanner u. Tagelöhner 9,— M. Für junge Leute unter 20 Jahren nach Uebereinkunft. Ueberstunden werden mit 1 M. vergütet, an Fuhrleute erst von abends 7 Uhr ab. Pferdepausen an Sonn- und Feiertagen 1 Pferd 1,— M. 2 Pferde 1,50 M.

Der Lohn wird jeweils bis zum Abend des vorhergehenden Donnerstags berechnet. Nur wirklich geleistete Arbeitszeit wird bezahlt.

Diese Arbeitsordnung ist wie gesagt erlassen worden, ohne daß Arbeiter oder Arbeiterausschuss gefragt worden wären. (1) (Arbeiter-Ausschuss gibt's nicht!) Überall im Fuhrgewerbe bestehen Wohnlöhne, keine Tagelöhne. Aber diese Firma fragt nicht's darnach. Sie sagt ausdrücklich, daß nur wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt wird; aber zwei Sätze vorher wird betont, daß die Fuhrleute erst von abends 7 Uhr ab Ueberstunden anzusprechen haben. Mit anderen Worten heißt das, daß die Fuhrleute 10% Stunden für 9,50 M. resp. 9 M. arbeiten müssen. (Wo bleibt das Geseh???) Der „Gerr“ verlangt das in feudaler Weise und der Arbeiter hat sich zu fügen. Desmal wird es allerdings anders kommen. —

So wie diese Firma benehmen sich auch die anderen Fuhrunternehmer. Löhne von 42 M. in der Woche sind keine Seltenheit. Am letzten Samstag haben allerdings einige Arbeitgeber wieder kleine Zulagen gemacht, um die ungeheure Gürtung etwas zurückzubringen. Aber einstimmig (1), wie es bei dem Antikarlsruhe-Verband heißt, sind alle der Auffassung, daß sie eine Vertragsbindung nicht eingehen können.

Jetzt haben die Fuhrleute und Arbeiter das letzte Wort. Morgen Mittwoch abend findet eine allgemeine Versammlung im „Auerbach“ statt, wo die nötigen Beschlüsse gefaßt werden. Deutscher Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Karlsruhe, Wilhelmstraße 47, III.

Letzte Nachrichten.

Eine neue deutsche Protestnote. Berlin, 25. März. Der deutsche Vertreter in Spa hat der interalliierten Unterkommission für Kriegsgefangene eine Note über die traurige Lage unserer Kriegsgefangenen überreicht, worin erneut darauf hingewiesen und um schleunige Abhilfe ersucht wird.

1 1/2 Millionen geraubt. Berlin, 24. März. Nach den Abendblättern raubten fünf Personen in der Reichsbankkassette in Gussirichen nach Abrechnung der anwesenden Beamten annähernd 1 1/2 Millionen Mark. Die Täter trugen englische Uniform und benutzten auf ihrer Flucht in der Richtung nach Bonn und Köln ein englisches Automobil.

Schweres Unglück durch Feueralarm.

60—70 Kinder zerquetscht. Gleiwitz, 24. März. Die hiesige katholische Mission für Mädchenbildung veranstaltete heute nachmittags im Stadtgarten eine Kindervorstellung, die sehr besucht war. Aus bisher unaufgeklärter Ursache entzündete beim ersten Akt auf der Bühne ein Feuer. Der Feuersturm löste unbeschreibliche Panik aus. Alles stürzte den Ausgängen zu. Dadurch staute sich die Menge. Auch stürzte die Treppe unter dem Druck ein. Eine große Zahl von Kindern — man spricht von 60 bis 70 — wurden zerquetscht und getötet. Feuerwehr, Sanitätsmannschaften, Ärzte und Priester waren zur Stelle und bemühten sich um die Verunglückten. Im Augenblick läßt sich die Größe des Unglücks noch nicht feststellen.

Briefkasten der Redaktion.

A. T. Bruchsal. Wir haben Ihre Zuschrift unserem Berichterstatter in Bruchsal zur Nachprüfung und Stellungnahme übergeben und werden eventuell auf die Sache zurückkommen. Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Nabel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund Borussia.) Heute abend 8 Uhr Singstunde und wichtige Beprechung. Das Erscheinen aller Sänger ist unbedingt notwendig. Um mündliche Belegung wird ersucht. 2101 Karlsruhe. (Naturfreunde.) Die Ausschlußmitglieder werden dringend ersucht, an der Sportkarellisierung heute abend teilzunehmen. 2102 Ettlingen. (Soz. Wahlverein, Frauensektion.) Heute abend bei Hehle Vortrag über „Wohnungsweien“. Genossinnen, erscheinen zahlreich. 2100

Handels-Hochschulkurse Karlsruhe.

Die Vorlesungen über Volkswirtschaftslehre müssen krankheitshalber bis auf Weiteres ausfallen. Wiederbeginn wird angezeigt. Das Kuratorium.

